

**Fraktion BSW-  
Vernunft und Gerechtigkeit  
im Rat der Stadt Frechen**  
Johann-Schmitz-Platz 1  
50226 Frechen  
Eingang Dr.-Tusch-Str. 1-3  
Telefon 02234 / 501-15 62  
Fraktion.bsw@stadt-frechen.de

**Haushaltsrede Peter Singer, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion im Rat der Stadt Frechen zum  
Doppelhaushalt 2024/2025 der Stadt Frechen**

Sperrfrist bis zum Beginn der Rede.  
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dies ist nun die Premiere einer Haushaltsrede der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht-Vernunft und Gerechtigkeit im Rat der Stadt Frechen, kurz BSW.

Sie werden zu den kommunalpolitischen Themen sowie zu allgemeinen Fragen von mir bzw. unserer Fraktion Altbekanntes hören. Der Wechsel unseres Namens von der Linksfraktion zu BSW hat seine Gründe nicht in einer anderen politischen Ausrichtung unserer Fraktion.

Wir stehen nach wie vor für eine soziale, ökologische, vernünftige, gerechte und transparente Politik in unserer Stadt.

Soweit zu unserem Selbstverständnis.

Ich könnte noch vieles andere anfügen. Das gehört jedoch nicht in eine kommunale Haushaltsrede.

Gleichwohl möchte ich, mit nicht ausschließlich kommunalen Themen beginnen.

Was wohl viele Menschen, auch hier in Frechen, umtreibt, ist die Sorge in der Frage Krieg und Frieden. Wir erleben das dritte Jahr des Ukrainekrieges und seit einigen Monaten eine immer gefährlichere Eskalation im Nahen Osten.

Wir verurteilen alle völkerrechtswidrigen, kriegerischen Angriffe auf andere Länder. Natürlich auch den russischen Angriff auf die Ukraine. (Genauso wie ich schon damals den Angriff der NATO auf Serbien als Fehler angesehen habe.

Was mich persönlich am meisten beschäftigt, ist die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft. Der Ruf nach immer mehr und immer gefährlicheren Waffen, ja sogar nach Atomwaffen, wird immer lauter und schriller.

Hunderttausende von toten, verstümmelten, schwer traumatisierten ukrainischen und russischen Soldaten, Männern, Frauen und Kindern sollten längst jedem vor Augen führen:  
Der eingeschlagene Weg einer ausschließlich militärischen Konfrontation, ohne jegliche diplomatischen Bemühungen um einen Waffenstillstand, ist falsch.

Die Politik der militärischen Gewalt muss ein Ende finden. Für mich gelten nach wie vor die Worte von Bertha von Suttner, der Trägerin des Friedensnobelpreises von 1905.

Zitat: „Rache und immer wieder Rache! Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.“

Eine immer weitere Eskalation in der Ukraine, halte ich für brandgefährlich.  
Wo soll diese Spirale enden?

Leider werden Befürworter einer auf Diplomatie und Verhandlungen setzenden Politik, auch hier als „Lumpenpazifisten“, „Putinverstehler“ und ähnliches bezeichnet.

Hier möchte ich anmerken, dass verstehen von Verstand kommt und nicht gutheißen bedeutet. Ein kluger Mensch versucht auch seine Gegner zu verstehen.

Ein vorurteilsfreier Dialog zu diesen Fragen scheint im Augenblick kaum möglich. Gleichwohl muss er geführt werden. Lassen Sie mich dieses Kapitel mit den Worten Helmut Schmidts abschließen: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als einmal schießen!“ oder ganz aktuell Bundeskanzler Olaf Scholz  
Zitat: „Ich wundere mich, dass einige nicht einmal darüber nachdenken, ob es zu einer Kriegsbeteiligung kommen kann durch das, was wir tun!“ Zitat Ende

Ich möchte anfügen: Unser Land muss nicht kriegstüchtig, sondern friedentüchtig werden.

In den letzten Jahren haben viele Menschen Schutz vor Krieg, Not und Elend bei uns gesucht und gefunden. Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle allen, die für die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen hier in der Stadt zuständig sind oder ehrenamtlich mitgeholfen haben, danken.

Wir haben, trotz großer Bedenken über die Vertragsausgestaltung bzw. Verkaufsabwicklung, dem Kauf des Hotels an der Europaallee zugestimmt. Die bisher enorm gestiegenen Kosten hätten unserer Meinung im Vorfeld abgeklärt werden können. Das hätte Transparenz und Vernunft geboten.

Die Kommunen - werden wie so oft - mit den Problemen, die die große Politik verursacht, alleine gelassen. Der Zustrom von geflüchteten Menschen ist nicht nur in Frechen kaum mehr zu bewältigen. Eine Freiwerdung der Gerhard-Berger-Halle oder der Mehrzweckhalle in Habelrath ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht, da hilft es auch nicht Millionensummen für nicht benannte oder vermutete Grundstückskäufe in den Haushalt einzustellen. Zu dem katastrophalen Wohnungsnotstand kommen immer noch zu wenige Geflüchtetenunterkünfte hinzu, alles eine Folge jahrelanger falscher Wohnungsbaupolitik, die nicht nur von der Kommune zu verantworten ist.

Es entsteht der Eindruck, dass man jetzt panisch nach Lösungen sucht und dabei auch gewisse Verhältnismäßigkeiten aus den Augen verliert. Beispiel ist hier die geplante Bebauungsverdichtung „An der Ziegelei“.

Eine ähnliche Situation haben wir im Bereich Schulen. Jahrelang wurde die Sanierung von Real- und Burgschule auf die lange Bank geschoben. Im Ergebnis haben wir eine vollkommen marode Burgschule und eine kaum sanierungsfähige Realschule. Im Gegensatz dazu stehen, für ein im Sinne einer vernünftigen Verkehrswendepolitik, überflüssiges neues Parkhaus, finanzielle und personelle Kapazitäten anscheinend unbegrenzt zur Verfügung.

Über Nacht wurde dann erkannt, dass Frechen noch mindestens zwei Grundschulen und eine weiterführende Schule benötigt.

In Ihrer Not suchen die Verwaltung und die Mehrheitsfraktionen nun ihr Heil in einer ungebremsen Privatisierung von Schulneubauten. Alle, nicht nur von uns, sondern auch von anderen Fraktionen, vorgebrachten Argumente und Bedenken gegen diese Privatisierung, wurden und werden mit dem Argument der Alternativlosigkeit vom Tisch gewischt. Ein Beleg für diese angebliche Alternativlosigkeit ist bisher jedoch noch nicht vorgelegt worden.

Wie aber in den politischen Auseinandersetzungen leider auch hier im Rat langsam üblich, wird den Kritikern einer Privatisierung, gegen besseres Wissen, vorgeworfen, sie wären gegen notwendige Schulneubauten. Dabei geht es uns nur darum, vor unabwägbareren finanziellen Risiken für die Stadt zu warnen.

Mit sogenannten ÖPP-Projekten (öffentlich private Partnerschaft) sollen aus Sicht der Befürworter für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger Kosten eingespart, Wissen und Personal der Privaten genutzt werden. Das Problem ist jedoch, dass diese Effizienzversprechen in der Realität oft nicht eingehalten werden.

Risiken werden vom privaten Partner auf die öffentliche Hand abgeschoben. Wer am Ende die Kosten trägt, wird selten offenbart. Die meisten Verträge sowie zentrale Bestimmungen zu Wirtschaftlichkeit und Finanzierung bleiben geheim. Diese mangelnde Transparenz erschwert demokratische Beteiligung während der Ausschreibung und des Betriebs der Projekte

ÖPP-Projekte werden als ein Ausweg aus Personalnot und Finanznot angepriesen. In der Tat stellen ÖPP-Verträge schuldenähnliche Verpflichtungen dar, weshalb sogar der Internationale Währungsfonds vor versteckten Schulden warnt. Ein Grund für hohe Dauerkosten sind Gewinn- oder Abnahmegarantien.

Deshalb hier zum wiederholten Male das Angebot. Selbst wir tragen eine Privatisierung mit, wenn man uns mit vernünftigen und nachprüfbareren Fakten überzeugt. Wir sind aber nicht dabei, wenn man jetzt in einen wahren Privatisierungsrausch verfällt, sei es im Schul- und/oder Wohnungsbau.

Es gibt ja durchaus gute Ansätze, um das Problem der Wohnungsnot in der Stadt anzugehen. Wir begrüßen, dass vorhandene und zu erwerbende städtische Grundstücke bebaut werden. Allein uns fehlt eine Antwort auf die Frage „Wohin wollen wir in Frechen“?

Alles scheint Flickwerk zu sein, der große Plan fehlt. Unser Eindruck ist, dass es fast nirgends vorangeht. Grube Carl: Fragezeichen, Ammerweg: Fragezeichen, Belebung der Fußgängerzone:

Fragezeichen, Klimaschutzkonzepte: Fragezeichen, Industrieansiedlung sprich Arbeitsplätze: Fragezeichen.

Vieles, jedoch nicht alles, ist dem Personalmangel bei der Stadt geschuldet. Jetzt verlässt uns auch noch der Technische Beigeordnete, dem ich an dieser Stelle für sein Engagement und seine Einsatzbereitschaft danken möchte.

Uns fehlt der Glaube, dass wir die wichtigen Projekte der Zukunft, wie den Schulneubau, die Schulsanierungen, den Wohnungsbau oder den Strukturwandel bewältigen können. Ob dies mit immer weitergehender Privatisierung und immer neuen, teuren Gutachten und Beauftragungen von Planungsbüros möglich ist, darf durchaus bezweifelt werden.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich die Verhinderung der KVB-Ansiedlung kritisiert. Was ist bisher auf dem Wachtberg passiert? Die Antwort ist: Nichts!

Meine Fraktion hat den Eindruck, dass man sich mit der Ansiedlung von Gewerbe, sagen wir einmal etwas schwertut. Ich kann nur hoffen, dass z.B. ein vernünftiges Projekt an der Bonnstraße nicht ein ähnliches Schicksal erleidet wie die KVB.

Nach der Verhinderung der KVB-Ansiedlung wäre es ein weiteres fatales Signal an potenzielle Investoren, die sich in Frechen ansiedeln möchten. Und diese Investoren brauchen wir, um die dringend benötigten guten Arbeitsplätze, gerade auch in Zeiten des Strukturwandels, in die Stadt zu bringen.

Ich möchte hier den Appell anschließen, an einem Strang zu ziehen, wie wir es in der Erklärung aller Fraktion in der letzten Wahlperiode im Bekenntnis zum Industriestandort Frechen getan haben.

Die Stimmung und der gute Umgangston in diesem Rat, haben sich nach meiner Wahrnehmung in der letzten Zeit erheblich verschlechtert. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen bitten, trotz Wahlkampfgetöse, zu einem respektvollen und unter Demokraten selbstverständlichen Umgang zurückzufinden. Höhnisches Gelächter und persönliche Diffamierungen bei Debatten im Rat und in den Ausschüssen, sind unser allem Anspruch unwürdig und ein fatales Signal nach außen!

Wir haben es nach jahrelangem Bemühen endlich geschafft, eine Strukturwandelmanagerin und einen Fördermittelmanager einzustellen. Ich verbinde damit die große Hoffnung, dass unsere Fördermittelakquise deutlich verbessert wird, was sich positiv auf unsere Einnahmeseite auswirkt.

Der vorgelegte Doppelhaushalt 2024/2025 hat gute Ansätze.

Leider wurden in den Vorberatungen verschiedene Anträge nicht berücksichtigt. Hier sei z.B. unser Antrag zum Ankauf von zusätzlichen SD-Modulen zur weiteren Digitalisierung der Rats- und Fraktionsarbeit genannt. Daneben z.B. in unseren Augen durchaus sinnvolle und notwendige Haushaltsanträge anderer Fraktionen z.B. zu Radwegekonzepten und Klimafolgeanpassungen.

Nach wie vor sehen wir den Neubau eines Parkhauses an der Josefstraße als nicht notwendig an. Insbesondere da wir wesentlich wichtigere Projekte, wie Schulneubauten und die dringliche Schulsanierung in unserer Stadt vor der Brust haben. Hier weiter finanzielle und personelle Ressourcen zu verschwenden, können wir nicht mittragen.

Desweiteren sehen wir im vorliegenden Haushaltsentwurf die Schienen für eine umfassende Privatisierung der städtischen Bauvorhaben gelegt. Wie vorhin beschrieben, halten wir diese

Vorgehensweise, nach den bisherigen Erkenntnissen, für nicht zielführend und als potenzielle Gefahr für die Finanzen und Entwicklung unserer Stadt.

Wir lehnen deshalb den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

5. März 2024